

Georgiánské

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Lieferjahr. — Verlag, Schriftleitung und Verkaufsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 28

Berlin, den 14. Juli 1923

3. Jahrgang

Die katholischen Proletarier.

P. K. Das Zentrum hat bei der Reichstagswahl eine halbe Million Stimmen verloren. Daß man dies als das auffälligste Ergebnis der ganzen Wahl ansieht, läßt sich daran ermessen, daß es fortdauernd von der Presse eifrig besprochen wird. Eigentlich ist es nicht der Stimmenverlust an sich, was Neuden und Jungen bewegt, wohl aber die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der verlorenen Stimmen auf die jüdische industriellen Wahlkreise des Westens, auf die für unantastbar gehaltenen Hochburgen des politischen Katholizismus entfallen. In diesen Bezirken ist nachgerade die ganze Bevölkerung streng katholisch, hier verfügt das Zentrum über ein engmaschiges Netz von Vereinen aller Art, hier sorgt im kleinsten Dorf ein vom Staat bezahlter Vertrauensmann für das Zusammenbleiben der Ketten und hier haben die christlichen Gewerkschaften den Kern ihrer Mitgliedschaft. Ausgerechnet in diesem Gebiete, wo alle Voraussetzungen für einen Wahlersieg des Zentrums vorhanden sind, hat es 388 000, und zwar Arbeiterväle verloren. Der Verlust wäre weniger bitter, wenn er durch Enthaltung entstanden wäre, oder wenn sich die mißmutigen Wähler einer verwandten Partei zugewendet hätten. Aber sie haben sich nicht mit einer Viertelsewendung auf dem Absatz begnügt, sondern haben einen beherzten Schritt nach links, zu der Sozialdemokratie oder gar den Kommunisten getan.

Eine so starke und so radikale Abfehr gutgläubiger Arbeitervähler muß alles zu einer Gewissensforschung veranlassen, was in der Zentrumspartei Art und Namen hat. Vor allem aber die christliche Gewerkschaftspresse. Sie entledigt sich der saudigen Pflicht, so gut es eben geht. Die Schuld wird bei den anderen gefunden: Die Freude der Deutschen an unsruchtbarer Opposition, die Sucht der bürgerlichen Parteien, Sonderinteressen zu frönen, dann die sozial rückständige Politik der Unternehmer sollen hauptsächlich die Fahnenschlacht der Zentrumswähler verursacht haben. Das wäre alles so uneben nicht, wenn nicht vergessen worden wäre, daß das Zentrum gleichfalls eine bürgerliche Partei ist und daß in ihr die rücksichtslosesten Lohnquellschächer des deutschen Unternehmertums sitzen. Doch das nutzt nebenher. Wichtiger ist es, zu hören, wie die christliche Gewerkschaftspresse glaubt, die abtrünnigen Arbeitervähler wieder an die Zentrumstange zu bringen.

Bei dieser höchst wichtigen Sache läßt die christliche Gewerkschaftspresse eine ziemliche Hilflosigkeit sehen. Verschiedene Blätter entscheiden sich hier für der Tapferkeit besseren Teils, andere meinen, ein innigeres Vertrauensverhältnis zwischen christlicher Gewerkschaft und konfessioneller Vereinigung und ein vertieftes Zusammenwirken beider Konfessionen mit einer schärferen Scheidelinie gegen die marxistische Idee könnten das Uebel hellen, und hierfür seien auch die (als sicher angenommenen) Wirkgriffe, Unzulänglichkeiten und Dummheiten der neuen sozialdemokratischen Minister nicht zu verachten. Was da als Mittel der Besserung vorgetragen wird, ist wahrhaftig nicht überwältigend. Verglichen ist schon lange gepriesen und geübt worden. Dass damit die verlorengegangene Seide wieder auf die Zentrumsspulse zu bringen sei, heißtt überirdische Glaubensstärke. Und wenn sich, was natürlich keineswegs ausgemacht ist, die liebliche Hoffnung auf die sozialdemokratischen Minister wirklich erfüllen sollte, daß Zentrum durch nichts gewinnen, wohl aber eine ganz andere Partei.

Die christlichen Gewerkschaftsblätter können sich trösten, daß sie in ihrem Lager mit ihrer Ratlosigkeit nicht allein stehen. Die clerikalen Politiker sind vor ein Problem gestellt, für dessen Meisterung all ihre Klugheit nichtzureichen dürfte. Ein Problem, dessen Lösung mit fortschreitender Zeit immer aussichtsloser wird. Wenn je mehr das junge Arbeitergeschlecht heranwächst, desto schärfer werden sich im katholischen Lager die Geister scheiden. Das junge Geschlecht hat Krieg, Ruhrbesetzung, einen großen Diebstahl, Inflation genannt, und die zahllosen andern Missstater der herrschenden Schicht ganz anders, viel nachhaltiger empfunden als das alte Geschlecht. Die vielgestaltige Drangsal hat die Jungen gelehrt, scharf zu schauen und kritisch zu prüfen. Dabei entdeckten sie, daß sie in der Zentrumspartei nur großkapitalistischen Glaubensgenossen als Stimmabich dienen. Vor die Wahl zwischen kapitalistischen Zentrumskirchen und sozialistischen Klassegenossen gestellt, entscheidet sich eine zunehmende Zahl von katholischen Proletariern für die letzteren. Den sichtbaren Ausdruck dieses Wechsels bildet die Reichs-

Für den, der sich ständig mit den Dingen der proletarischen Welt beschäftigt, konnte der Stimmenverlust des Zentrums keine Überraschung sein. Und den klerikalen Politiker, für die ja auswendig Priesterrothen immerfort am Boden lauschen, ist der Landweite Stimmungswandel sicherlich gleichfalls bekannt geworden. Für die freien Gewerkschafter wurde er handgreiflich vor fünf Jahren beim süddeutschen Metallarbeiterstreik. Von den 130 000 Anständigen waren ein Beinhälften christliche Arbeiter, und diese haben in den 13 Streitwochen in untadeliger Treue zu ihren sozialistischen Genossen gehalten, obwohl ein guter Teil von ihnen nur aus einer geringe oder gar keine gewerkschaftliche Welsdhilfe rechnen konnte. Vergleichen wäre vor dem Kriege allerdings unmöglich gewesen. Der Wind einer „hochwürdigen“ Hand hätte die christlichen Proleten von ihren sozialistischen Leidensgenossen fern gehalten. Damals hörte man nichts wie plutige Reden zwischen den beiden Arbeiterlagern, aber kaum jemals etwas, das sich auf Waffenbrüderlichkeit reimte. Nach dem süddeutschen Ausstand haben sich die Fäuste gemeinschaftlichen Denkens und Tuns prächtig vermehrt. So bei Lehnerbewegungen, der Kührbesetzung, der Abstimmung über die Füt-

tenabsindung und jetzt bei der Reichstagswahl.
Bei der Musterung von Vorkommissionen des letzten Jahrzehnts fällt eine gewisse Folgerichtigkeit in dem gemeinsamen Fühlen und Handeln der beiden Arbeiterschaften auf. Zuerst ein stiller geistlicher Gleisflang, der sich in der Abnahme des gegenwärtigen Freites offenbarte. Dann Wechselgang von vereinzelten Häuschen unpolitischer Arbeiter zu den freien Gewerkschaften, darauf ein plötzlich stärkeres, und nun ein hunderttausendfältiges Beitreten zur sozialistischen Massengenossenschaft. Man kann gewiss behaupten, daß sich unter den neuen Mitgliedern der freien Gewerkschaften ein starker Teil christlicher Arbeiter befindet.

Die neue Reichsregierung und ihr Arbeitsprogramm.

Nach Wochenlangem Verhandeln kam endlich eine neue Reichsregierung zu Stande. Diese gewiß nicht leichte Aufgabe hatte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und der stärksten Reichstagsfraktion, Hermann Müller, zu lösen. Schwierigkeiten wurden ihm dabei genug in den Weg gestellt, er bei sie überwunden. Er ist nun seit 29. Juni Reichskanzler. Als seine Mitarbeiter gelten Ewerding, Reichsminister des Innern; Dr. Hilferding, Reichsminister der Finanzen, Bissell, Reichsarbeitsminister Lietzsch, Reichsminister der Ernährung und Landwirtschaft, Stoeck-Beyer, Reichsminister der Justiz von Guérard, Reichsminister für Berufe und besetzte Gebiete, und die noch im Amt befindlichen Reichsminister Dr. Stresemann für Auswärtiges, Dr. Curtius für Wirtschaft, Groener für Reichswehr und Schäye für Reichspost. Vier Mitglieder des Kabinetts sind Sozialdemokraten, zwei Deutsche Volkspartei, zwei Demokraten einer Zentrum, einer Bayerische Volkspartei und einer parteilos. Die Aktionen halten sich nicht durch die Personen für gebunden. Im allgemeinen gilt das Kabinett als Provisorium, weil damit gerechnet wird, daß eines der Ministerien des Zentrumsministers von Guérard noch mit einem Zentrumsmann besetzt wird.

Die Sozialdemokraten haben damit im Reich und in Preußen, dem größten Land, die Führung, aber nicht die Mehrheit. Sie werden deshalb nicht nach ihren Grundsätzen und Willen regieren können, sie werden aber anders regieren als die deutschnationalen Männer des gewesenen Bürgerblocks. Darin liegt ja auch der wesentliche Hauptgrund der Koalitionspolitik der Sozialdemokraten, nicht Reaktionären die Staatsmacht in die Hand spielen in der Hoffnung auf die einmal kommende Revolution, sondern selbst die Staatsmacht ausüben, soweit und solange das möglich ist, um zu verhindern, daß die Reaktion ein Stück errungenen Freiheit nach dem anderen schändet und die Ausführung des Gesetze nach ihrem Willen gestaltet. Das kann ohne Rücksicht von Grundsätzen vor sich gehen.

Die neue Regierung hat bereits durch den Reichslandrat Hermann Müller ihr Programm verkünden lassen. Darin geht hervor, daß sie recht lange am Amt zu bleiben gedenkt. Im Regierungsprogramm ist betont, daß Weiterarbeiten auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschritts. In Deutschland Aufenthaltsort wird als Ziel verfolgt der Wille zur friedlichen Verhinderung unter Beracht auf den Gedanken der Rechanche. Der Kriegswichtung sei ohne Vorbehalt zugestimmt worden. In der Neutralitätsfrage sei eine baldige Vereinbarung über die Endlösung wünschenswert. Die Regierung wird durch die Pflege und Erweiterung der weltwirtschaftlichen Verfassung die deutschen Wirtschaftsträger stärken. Senkung der Zollsätze durch internationale Vereinbarung und Abschluß von Handelsverträgen hält sie als geeignete Mittel für angebracht. Wichtig für die Gestaltung der Ausfuhr sowohl als auch für die Sicherung eines angemessenen Maßstabes der werttätigen Bevölkerung sei die Preisgestaltung auf dem deutschen inneren Markt. Zu ihrer Beeinflussung soll dienen die richtige Einstellung des Staates zu den großen, in Kartellen, Trusten und ähnlichen Formen unseres Wirtschaftslebens beeinflussenden monopolistischen Organisationen.

Wir freuen uns über diesen Wandel der Dinge um unsere Sache und um die der christlichen Kläffengenossen willen. Sie können ohne uns nichts Weisenliches ausrichten, und wir nicht ohne sie; das Streben beider nach mehr Eicht, Frei und Freiheit muß Stückwerk bleiben, wenn wir uns nicht zusammenfinden. An uns freien Gewerkschaften liegt es, den verheiratheten, vollen Wandel nicht zu erschweren. Er hat erst kaum begonnen. Die christlichen Proletarier denken indessen nicht daran, bei dem Übergang zu uns ihren Glauben aufzugeben. Dagegen haben wir selbstverständlich nichts in Erinnerung. Die Behauptung gerinriger Arbeitersiede, die Sozialisten seien Gegner des Christentums, ist handgreiflich unwahr. Wir bekämpfen nicht das Christentum, sondern wir müssen es. Alles Tun der freien Gewerkschaften ist ja nichts als praktisches Christentum, nur reden sie weniger davon, schaffen aber um so mehr dafür. So wenig sie jemandem den Glauben an ein besseres Jenseits nehmen wollen, so bestimmt wollen sie für ein besseres Diesseits wirken. Das war immer so bei den freien Gewerkschaften. Hierüber einen falschen Schein auszulommen lassen, hieße das Geschäft derer besorgen, die von der Zerrissenheit der Arbeiterschaft leben.

Erfreulich viele katholische Proletarier haben sich zur Kampfgemeinschaft mit uns, ihren Schicksalsgenossen bekannt. Noch mehr stehen im Begriffe, das gleiche zu tun. Ihren feinen Glauben an ein besseres Diesseits haben wir zu stärken, indem wir ihnen die Möglichkeit der Erfüllung durch Wort und Tat beweisen. In dem Maße das uns gelingt, wird sich ganz von selbst im Innern der katholischen Gewerkschaftsvereinen

12. Führung des Durchlasses der Bahn

Der Ausschuss des ADGB trat am 29. Juni in Berlin zu seiner 13. Tagung zusammen. Die Tagung war nach Nürnberg einberufen worden, um den Verbandsvertretern Gelegenheit zu geben, die Presse, insbesondere das Haus der Arbeiterpresse,

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Geipert den Sekretär des Erbbauausschusses Köln, Kollegen Kreibohm. Er erwähnte in seinem Bericht, daß die Kommunistische Partei zentrale Abteilung Gewerkschaften wieder eine große Zahl von Parteivögeln zu Resolutionen für den Gewerkschaftslongyear die leumunitionellen Zeiten in den Zentralverwaltungen der Verbände gesandt hat. Kovalek, von dem Willen zur sachlichen Kritik geleitete Opposition ist zu begrüßen. Aber die Propaganda, die hier bestmöglich vorgetragen wird, sch

tionen. Der Notlage des Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe will die Reichsregierung ihr Augenmerk zuwenden.

Der Heranbildung eines austreichenden Stammes von Facharbeitern zu Qualitätsleistungen und der umfassenden Regelung der Berufsausbildung des Nachwuchses in Industrie, Handel und Handwerk wird sie Rechnung tragen und sieht die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Sozialpolitik vor. Der Landwirtschaft soll geholzen werden.

Dann beabsichtigt die Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommenes über den Abitutendienstag. Die baldige Vorlage des Entwurfs des Arbeitsschutzgesetzes an den Reichstag läßt sie zu. Ein einheitliches Arbeitsrecht wird bald zum Abschlusß gebracht. Die Stellung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung wird bereinigt. Das Los der Kriegsbeschädigten und -binterbliebenen soll verbessert werden. Der Wohnungsnot soll durch Anleihen gesteuert werden.

Weiter kündigt sie noch an den Abschluß der Strafrechtsreform und damit Beseitigung der Todesstrafe, eine gerechte Steuerpolitik mit Senkung der Lohnsteuer und Ausbau des Staatsreisens im demokratischen Sinne sowie Ehrenung und Achtung der Symbole der Republik.

Man er sieht dar aus: Die neue Reichsregierung hat sich viel und gro ße Aufgaben vorgenommen. Wenn sie diese zu lösen vermag in den nächsten vier Jahren, wird auch für die wertvö lige Bevölkerung in Deutschland eine Entlastung und wirtschaftliche Besserstellung verbunden sein.

Es wäre aber verfehlt, die schönen Ankündigungen schon als Taten zu betrachten. Die Gewerkschaften werden abwarten, was besonders die neuen Männer der Arbeiterschaft in der Regierung zu leisten vermögen. Ihre volle Unterstützung haben sie jedoch, wenn sie an die Lösung der Aufgaben für die werktätige Bevölkerung herangehen. Einen leichten Stand haben sie sicher nicht, und sie sind nicht zu beneiden. Sie nehmen die Opfer auf sich, weil sie damit dem deutschen Volk und der Arbeiterschaft einen großen Dienst erweisen wollen. Das darf nicht übersehen werden. Neun Millionen sozialdemokratisch gesinnte Wähler und Wählerinnen, darunter auch Millionen Gewerkschaftsmitglieder, hoffen auf ihr erfolgreiches Wirken zum Wohle der Gesamtheit. Mögen Erfüllungen erspart bleiben.

Wogen Erfolgschancen erwartet bleiben.
Es geht nicht nur um das Zurückdrängen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Reaktion, es muß auch Zukunftsarbeit geleistet und das Vertrauen weiterer Millionen Werkstätiger erworben werden. Welingt das, dann steigert sich die Macht der organisierten Arbeiterschaft erheblich; dann erhöht sich ihr Einfluß und ihre Machtigkeit auf das Staatsleben, dann bekommen Sie Organisationen wieder einen neuen Auftrieb, weil die Erkenntnis über die Vorwärtsentwicklung der Dinge wieder mehr Platz greift. Sie benötigt noch Zweifelnden müssen durch Erfolge überzeugt und für die Ideen der sozialistisch kämpfenden Arbeiterorganisationen gewonnen werden.

aus von einer politischen Partei, sie ist eine von außen herein-
dringende Einmischung in rein gewerkschaftliche Angelegenheiten.
Kein Partei liegt seine Auswirkungen in die Wahrung ausfließen,
daher es jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied der Stetz und die
Rückicht auf die Selbstständigkeit der Gewerkschaften
bewegung verbieten würde. Weisungen von einer Zelle zu
entsprechen, der bisher eine positive Förderung gewerkschaft-
licher Interessen nicht noch gezeigt werden kann, und die über-
dies mit den Gewerkschaften nichts zu tun hat. Anträge zum
Gewerkschaftskongress müssen aus der eigenen Initiative, aus
der eigenen positiven Mitarbeit, aus einer von hohem Verant-
wortungsbewußtsein getragenen Kritik hervorgehen.

Die Debatte ergab, daß der Bundesausschuß sich die Ausführungen Leiparts einstimmt zu eigen macht und an die Gewerkschaftsmitglieder den Appell richtet, bei den Anträgen zum Kongreß sich ausschließlich von dem Gewichtspunkt verantwortlicher und von fremden Einwissen unabhängiger Mitarbeit an den gieben Aufgaben der Gewerkschaften leuen zu lassen.

Die Wiederaufnahme der Debatte über die Kostenabfindung für die Prozeßvertretung und die Erhöhung des Bundesbeitrages im allgemeinen, gab Gelegenheit zu einer nochmaligen gründlichen Diskussion. Neben die Notwendigkeit einer Erhöhung bestand keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Verbandsvertretern. Einwände wurden nur gegen das Maß der Erhöhung erheben und außerdem in Frage gestellt, ob der Zeitpunkt für eine so weitgehende Neutralisierung der Prozeßvertretung bereits gekommen sei. Die Verbände müssen erst noch zusammen mit ihren örtlichen Verwaltungen sich über die zukünftige Gestaltung der Rechtsvertretung der organisierten Mitglieder beraten. Die Rechtsberatung, so wurde von einigen Verbandsvertretern vorgeschlagen, sei ein wichtiges Werkzeug der einzelnen Verbände. Zivilistisch ist es gerade die Absicht, die eingeschlagenen Verträge durch die Neutralisierung der Prozeßvertretung erst zu voller Wirksamkeit gelangen zu lassen, die den Bundesvorstand bei seiner Plenarsitzung

Leipzig betonte, daß der Ausbau der Prozeßvertretung allmählich erfolgen und zunächst mit zwei, drei Bezirksarbeiterkonsortien begonnen werden soll. Die Erhöhung der Bundesbeiträge sieht im Wesentlichen der Gewerkschaften. Von den einzelnen Verbänden werden zu immer neue Aufgaben an den Bundesvorstand herangetragen. Der Wirkungszeitraum des AGGB hat sich jerner durch die Wandlung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Staat, wie durch die wachsende Bedeutung der gewerkschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben so erweitert, daß man seinen Staat nicht mit dem gleichen Maßstab messen kann, wie den der Generalstaatsräte vor dem Kriege. In diesem Zusammenhang sei nur auf die Wirkung an der Reichsakademie verwiesen. In den Verbänden steigen mit den wachsenden Mitgliederzahlen die Aufgaben, erhöhen sich die Verträge; was für die Verbände billig ist, muß für den Bund recht sein.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde besonders hervorgehoben, daß gerade die Frage über die Trennung vor den Landesarbeitsgerichten eine Centralisierung, eine grundsätzliche Schaffung der Prozeßvertreter und einen Ausbau der Arbeitskonsortien notwendig mache. Sie ist auf die Dauer auch passanter. Es ist daran zu erinnern, daß die Unternehmer, die Richter, die Rechtsanwälte, daß alle diese Gruppen gegen die unmittelbare Auswirkung der Gewerkschaften waren, daß diese gewaltige Durchbrechung eines Jahrhunderts alten Prinzipiis gegen den größten Widerstand durchgesetzt werden mußte. Vor den Arbeitsgerichten können die Verbandsvertreter nur ihre Mitglieder vertreten, während vom Bund aus die Mitglieder aller Verbände ihre Rechtsvertretung finden können. Die Gewerkschaften vertreten ihrem Ziel nach die Interessen der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Es muß schon aus diesem Grunde ein System von Arbeitskonsortien aufgebaut werden, das eine vollwertige Rechtsvertretung ermöglicht. Die Rechtsanwälte sind in keiner Weise die geeignete Prozeßvertretung. Wer die Rechtsvertretung der Arbeitnehmer will, muß von den Gewerkschaften anfangen. Das kollektive Arbeitrecht wird durchsetzen. Das materielle Recht kennen am besten die, die an der Schaffung des Arbeitrechts mitgewirkt haben. Das sind die Gewerkschaften. Die Gewerkschafts- und Arbeitskonsortien sind daher die gegebenen Prozeßvertreter. Das ist besonders für die juristischen Rechtsfälle. Das einheitliche Arbeitsrecht verlangt auch eine einheitliche Rechtsvertretung. Die speziellen Tarifrechtsfälle bleiben selbstverständlich Aufgaben der einzelnen Verbände. Richter sind aber höchstens zwei bis drei Prozent der Fälle.

Die zentrale Lösung der Prozeßvertretung wird, so meinte ein Verbandsvertreter, aus der Diskussion nicht mehr verschwinden. Aber die Centralisierung darf nicht so weit gehen, die einzelnen Verbände von dieser großen Aufgabe zu isolieren. Gerade auf dem Gebiete des von Verbund zu Verbund verschiedenen Tarifvertragsrechts z. B. sei eine Normalisierung, Standardisierung sehr gefährlich. Diese letzteren Ausführungen wurden von Leipart am Schlusse der Auseinandersetzung als die Meinung auch des Bundesvorstandes anerkannt. Es könne gar nicht in Frage stehen, die einzelnen Verbände von der eigenen Rechtsfindung und Rechtsprechung, insbesondere auf dem Gebiet des Tarifvertragsrechts, auszuschließen. Es handele sich bei dem Plan des Bundesvorstandes nur um eine Rationalisierung der Prozeßvertretung.

Zur Abstimmung kam zunächst der Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrags auf 26 Pfennig pro Mitglied. Es wurde abgelehnt. Danegen ergab der Antrag auf eine Erhöhung auf 30 Pfennig für das männliche Mitglied ein Stimmenverhältnis nach Mitgliedszahlen von etwa 2.600.000 für zu 1.500.000 gegen den Antrag. Der Antrag des Baumgewerbebundes, die jugendlichen Mitgliederbeiträge zu lösen, wurde abgelehnt. Weder wurde der Antrag angenommen, für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder des Beitrags auf 15 Pfennig angesetzt. Die Abstimmung ergab, daß die Rationalisierung der Prozeßvertretung zunächst nur in kleinerem Maßstabe in Angriff genommen werden kann.

Ein Jahr Arbeitsgerichtsbarkeit.

Am 1. Juli dieses Jahres konnte die eigene Arbeitsgerichtsbarkeit auf ein einjähriges Bestehen zurückführen. Die Notwendigkeit dieser eigenen Arbeitsgerichtsbarkeit wird durch die hohen Zahlen über die Annahmenahme der Arbeitsgerichte bewiesen. An verschiedenen größeren Orten macht sich im Laufe des ersten Jahres eine Erweiterung der Kammer nötwendig. Nur in Ländern, wo keine Arbeitsgerichtsbezirke gebildet worden sind, wie in Bayern, war die Ausweitung der Arbeitsgerichtsbarkeit geringer. Der Schaffung einer eigenen Arbeitsgerichtsbarkeit liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Sonderstellung einnehmen. Die geschaffenen eigenen Rechtsvorschriften für das Arbeitsgerichtsrecht brechen es bereits zum Ausdruck. In ihnen steht ein anderer Rechtsgedanke, der das Arbeitsrecht von dem anderen Recht durchaus abhebt. Wenn man das „Recht“ betrachtet, so findet man, daß es ständig im Stück und in der Weisheitsordnung begründet ist. Das Arbeitsrecht ist aber noch nicht in den Grundzügen festig; die Rechtsprechung hat hier mehr als auf anderen Gebieten Rechtsbegriffe herauszuwerben. Arbeitsstreitigkeiten stellen an die Rechtsprechung erhöhte Anforderungen in bezug auf Schnelligkeit und Volligkeit.

Seit dem Bestehen der Arbeitsgerichte muß anerkannt werden, daß die Richter bemüht waren, dem beständeten Charakter der Arbeitsgerichtsbarkeit Verständnis entgegenzubringen. Obwohl das Eindringen des Richterstaats in die Gerichte ursprünglich auf Ablehnung bei den Gerichtsräten zu rechnen sein mag, ist die Zusammenarbeit zwischen den Gerichtsräten und den Arbeitsrichtern aus Arbeitsgerichts- und Arbeitsgerichtsbezirken tatsächlich als gut zu bezeichnen. Hier haben die Gewerkschaften durch ihre Schulungsarbeit zwecklos mit dazu beigetragen, daß die Zusammenarbeit in diesem Sinne verstärkt ist. Zuletzt erfordert dies wiederum, daß gerade jetzt die Mitarbeit der Arbeitsgerichts- und Arbeitsgerichtsbezirke berücksichtigt wird.

Seit das Arbeitsgerichtsrecht auf einen ziemlich ausgelassenen Bereich hat, enthält es doch noch manche Schwäche. Besonders tritt das bei den Verfahrensordnungen in Erscheinung. Das Rechtssystem eigener Verfahrensordnungen ist Arbeitsgerichtsrecht und der Richter ist für die Rechtsprechung der Richter und Richterinnen verantwortlich und darf nicht mehr erneut werden.

Als Schönheitsfehler hat sich die Einsicht erweisen, daß auch Gerichte und Richter zweck der grundlegende Bedeutung eines Streites geschaffen werden kann, wenn der für eine Bezeichnung oder bestreiten erzielbare Streitwert nicht erreicht ist. Daß die Richter nicht mehr verbindliche Urteile des Reichsgerichtsgerichts, die aus grundlegender Bedeutung waren, befreiften. Wiederum ist darüber oft mehrere Jahre hergestellt, bevor bei nächsten Streites der Richter alle Instanzen durchschritten hatte um das endgültige Urteil zu erzielen, was bei den Reichsgerichtsgerichten bereits im ersten Jahre seines Bestehens entschieden war. Dieser fehlende Rechtsauffallung gelöst, die zum Teil die Rechtsprechung leichtig haben. Den belasteten Rechtsprechung hat die Erfordernisse des Arbeitsgerichts-

über Streitfragen aus dem Arbeitsgerichtsrecht selbst. Der Wortlaut des Arbeitsgerichtsgegesetzes läßt Zweifel entstehen, ob die Arbeitsgerichte auch für Streitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien über die Auslegung von Tarifverträgen zuständig seien. Die Urteile der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte waren in dieser Frage nicht einheitlich. Das Reichsgerichtsgericht hat sich in seiner Entscheidung vom 22. Februar 1928 (AGG 74/27) für die Zuständigkeit ausgesprochen. Das Tarifrecht hat ebenfalls eine wichtige Ergänzung erfahren. Es war ein dauernder Streit vorhanden, ob ein Vertrag auf tarifliche Ansprüche rechtlich zulässig sei. Das Reichsgericht hat entschieden, daß der vorherige Verzicht und damit die Vereinbarung untertariflicher Arbeitsbedingungen rechtswirksam sei. Den nachträglichen Verzicht hält das Reichsgericht nicht dann für ungültig, wenn er unter wirtschaftlichem Druck erfolgt ist. Hier sind die Bestimmungen der Tarifvertragsverordnung vom 30. Dezember 1918 vom Reichsgericht nicht genügend beachtet worden. Das Reichsgericht hat sich bei den Entscheidungen über den nachträglichen Verzicht auf den Tariflohn zu sehr von den individuellen Bestimmungen des § 97 AGG leiten lassen. Des Weiteren sind noch eine Reihe anderer Entscheidungen getroffen, die für die Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts von grundsätzlicher Bedeutung sind.

In kurzem zusammengefaßt kann gesagt werden, daß erste Höhe der Arbeitsgerichtsbarkeit war für den Ausbau des Arbeitsrechts fruchtbar. Nicht immer haben die Entscheidungen unserer Wünsche entsprochen. Das Reichsgericht muss sich noch mehr den Grundsatz zur Richterwahl nehmen, nicht nur allein nach den toten Buchstaben zu entscheiden, sondern die Gesetze im Sinne ihrer sozialen Absicht einzuführen. Wenn sich die Arbeitsgerichte aller Instanzen dieses Motiv als Richterwahl bei ihren Entscheidungen wünschen, kommen wir zu einer wirklich sozialen Rechtsprechung. Daran mitzuwirken, muß Aufgabe aller derer sein, die die Arbeitsgerichtsbarkeit als Fortschritt für Volk und Staat anerkennen.

les entspricht vollständig in Bestrebungen und Erfordernissen der Arbeiterklasse nach größerer Konzentration als gegenwärtig, das sich immer mehr zusammen schließenden Kapitals inneren Konzernen und Kartellen. Der Verbandstag spricht hier den Willen der tschechischen Glasarbeiterfamilie zur Verschmelzung seines Verbandes mit dem Centralverband aller Glasarbeiter, sowie mit den Keramikarbeiten und letzten Endes mit den Fabrikarbeitern in einem Verbande aus.

Zum Schluß heißt es:

Auf zur Einheit der gesamten Arbeiterschaft der Glasindustrie und zum Siege der einheitlichen Gewerkschaftorganisation."

Daraus wollen wir als deutsche Glasarbeiter entnehmen, daß die Organisationen der Glasarbeiter in anderen Staaten von uns für richtig gehaltenen Weg zum Industrieverband nachahmen. Dabei läßt man auch dort die genügenden Sicherungen für die Mitgliedschaften der Berufsorganisationen von vornherein nicht aus dem Auge, um späteren Vorcommunismus vorzubauen.

Wir deutsche Glasarbeiter wünschen unseren tschechischen Brüdern beider Organisationen auf dem beschrittenen Wege der Konzentration der Gewerkschaften den besten Erfolg, weil wir glauben, daß später durch diese Konzentration eine noch bessere Verschmelzung auf internationalem Wege herbeigeführt werden kann zum Wohle der Glasarbeiter der ganzen Welt.

Neben der Branchenjugend und dem Bundestag der deutschen Glasarbeiter im keramischen Bund war der Verbandstag der tschechischen Glasarbeiter ein weiterer Anhalt in Rücksicht auf die Besserung der Lebenslage der internationalen Glasarbeiter.

M. Krems.

Glasarbeiter-Verbandstag der Tschechoslowak. Republik, Sitz Teplice.

In der Tschechoslowakei bestehen infolge der Sprachunterschiede seit Jahrzehnten zwei freigewerkschaftliche Glasarbeiterorganisationen. Die tschechische mit ihrem Sitz in Teplice, die deutsche Organisation mit ihrem Sitz in Tonawada. Beide Organisationen gehören der Glasarbeiter-Internationale an und wirken darin vereinigt. Ihre Mitgliedsstärke beträgt je Organisation rund 9000 Glasarbeiter. Leider sind neben diesen beiden ausschlaggebenden Glasarbeiter-Organisationen der Tschechoslowakei noch verschiedene Splittergruppen von Organisationen, wie gelbe, nationale und kommunistische, vorhanden, in denen ein Teil, wenn auch ein geringer, der tschechischen Glasarbeiter zu finden ist.

Der Glasarbeiterverband mit tschechischer Sprachannäherung hat seinen 5. Verbandstag vom 28. bis 30. Juni nach Prag im neu gebauten Gewerkschaftshaus. Prag ist die Metropole der Republik der Tschechoslowakei, einer Stadt von fast unzähligen 600.000 Einwohnern. Prag ist neben den deutschen Städten Nürnberg und München wohl die reichste an historischen Erinnerungen der Vergangenheit, wie in der Kunst und der Geschichte. Der Hradčana an den Höhen von Prag hat bereits auf die Freizeit, auf den Dreißigjährigen Krieg gebliebt; aber auch in neuerer Zeit ist Prag vom Siebenjährigen Krieg berührt worden. Am gleichen Ort war es ja auch, wo Bismarck den Frieden vom Jahre 1866 den Österreichern dictierte, der so und Erbitterung Jahrzehntlang zurückließ. Schonmal eine deutsch-tschechische Stadt, in dessen Mauern, in zwei deutschen Universitäten Kultur und Wissenschaft geschaffen wurde, hat sich Prag nach dem Selbständigen werden der österreichischen Republik schnell den Verhältnissen der jüngsten Staatsform und Gesellschaft angepaßt.

Die Arbeiterbewegung ist in Prag im letzten Jahrzehnt vorbildlich ausgestaltet. Es sorgen zwei Arbeitersäden, sowie standige Lehrküche für kulturellen, politischen Aufstieg des Proletariats. Der lebhafte Stadtpresident ist gleichzeitig arbeiterfreundlich eingestellt. Seine verstorbene Frau war Sozialistin von Herzen. So ist es auch schon zu manchem schönen Erfolg für die ehemals gebrochenen Arbeiterschichten gekommen.

Noch begeistelter Eröffnung des Verbandstages stellte der Vorsitzende Kollege Richter, jetzt auf seine Einladung hin ankommende tschechische Gäste antreibend seine als Vertreter ihrer Gewerkschaftsorganisationen:

für das Internationale Glasarbeiter-Sekretariat: Kollege Delmont, Paris; für die deutschen Glasarbeiter, die im keramischen Büro organisiert sind, der Kollege Krebs, Berlin;

als Vertreter der Glasarbeiter Schwedens: Kollege Eckerstorff in Stockholm; für die Vertreter aus Holland hatten die beiden Kollegen Küggen und Müller, Amsterdam, übertragen bekommen; Kollege Pivetta, Wien, erhielt im Namen der Handelskammer Österreichs von der deutschen Organisation der Tschechei Kollege Neumann, Tannwald, anwesend.

für das Internationale Glasarbeiter-Sekretariat: Kollege Delmont, Paris; für die deutschen Glasarbeiter, die im keramischen Büro organisiert sind, der Kollege Krebs, Berlin;

als Vertreter der Glasarbeiter Schwedens: Kollege Eckerstorff in Stockholm; für die Vertreter aus Holland hatten die beiden Kollegen Küggen und Müller, Amsterdam, übertragen bekommen; Kollege Pivetta, Wien, erhielt im Namen der Handelskammer Österreichs von der deutschen Organisation der Tschechei Kollege Neumann, Tannwald, anwesend.

Unter diesen ausländischen Vertretern hatten Stadt und Staatsbehörden Delegierte entsendt. Der Vorsitzende stellte fest, daß die reichhaltige Tagesordnung nicht nur wirtschafts- und richtungshaltig für die Glasarbeiter der Tschechei sein möge, sondern für die gesamte Internationale der Glasarbeiter. Die Preisgrundsatzansprüche der einzelnen Delegierten wurden mit dem angehörenden Enthusiasmus der Gläser aufgenommen. Der Vorsitz und die Versicherung der Brüderlichkeit der tschechischen Glasarbeiter an den Glasarbeitern der Brüderorganisationen wollte kein Ende nehmen. Die tschechischen Glasarbeiter besaßen jedoch, daß sie gewillt sind, die internationalen Vereinbarungen weiter auszubauen, so daß wir international Macht über unsere Kapitale in der Glasindustrie erhalten können.

Die Tagessitzung umfaßte 7 Punkte. Dabei wollen wir einige der wichtigsten befürworten:

1. Internationale Glasarbeiter-Konferenz von Prag und 2. sozialpolitische Verhältnisse der Glasarbeiterfamilie und Schule.

3. sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft in den 4. sozialistischen.

Die Konzentration und Nationalisierung in der Glasarbeiterfamilie ist einheitliche Gewerkschaftsorganisationen der Glasarbeiterfamilie im Komplex gegen das Kapital.

Sozialistisch, jedoch getrennt vom brüderlichen Geist werden die einzelnen Punkte behandelt. Für die deutschen Glasarbeiter sind es von Interesse sein wie die Richtlinie zur Preisgrundsatzfrage der Organisationen aufzutragen sind. Einigkeit hat man der nachfolgenden Resolution die Zustimmung gegeben:

Der Verbandstag stellt mit Beifriedigung fest, daß die Frage der Preisgrundsatz der tschechischen und deutschen Glasarbeiter der Glasindustrie in der letzten Periode sowohl sozialistisch wie die Verbindung der beiden Verhältnisse eine vollständige ist, was für die Glasarbeiter, die das Streben nach einem sozialistischen Organisations der Glasarbeiterfamilie, einen großen Erfolg bedeutet. Der Verbandstag fordert und will daher vollständig die gelesenen Preisgrundsätze zwischen den beiden Organisationen über die Schaffung der vereinigten Glasarbeiterfamilie.

Die Verschmelzung muß aber noch weiter durchgeführt werden, um zur Schaffung eines einheitlichen Verbandes der Glasarbeiter nach der Art solcher Verbände anderer Länder, wo die Gewerkschaften gemeinsam handeln können. Die Verschmelzung hat die Erfordernisse des Preisgrundsatzes der Glasarbeiterfamilie bestätigt.

Der Verbandstag stellt mit Beifriedigung fest, daß die Frage der Preisgrundsatz der tschechischen und deutschen Glasarbeiter der Glasindustrie in der letzten Periode sowohl sozialistisch wie die Verbindung der beiden Verhältnisse eine vollständige ist, was für die Glasarbeiter, die das Streben nach einem sozialistischen Organisations der Glasarbeiterfamilie, einen großen Erfolg bedeutet. Der Verbandstag fordert und will daher vollständig die gelesenen Preisgrundsätze zwischen den beiden Organisationen über die Schaffung der vereinigten Glasarbeiterfamilie.

Die Verschmelzung muß aber noch weiter durchgeführt werden, um zur Schaffung eines einheitlichen Verbandes der Glasarbeiter nach der Art solcher Verbände anderer Länder, wo die Gewerkschaften gemeinsam handeln können. Die Verschmelzung hat die Erfordernisse des Preisgrundsatzes der Glasarbeiterfamilie bestätigt.

Der Verbandstag stellt mit Beifriedigung fest, daß die Frage der Preisgrundsatz der tschechischen und deutschen Glasarbeiter der Glasindustrie in der letzten Periode sowohl sozialistisch wie die Verbindung der beiden Verhältnisse eine vollständige ist, was für die Glasarbeiter, die das Streben nach einem sozialistischen Organisations der Glasarbeiterfamilie, einen großen Erfolg bedeutet. Der Verbandstag fordert und will daher vollständig die gelesenen Preisgrundsätze zwischen den beiden Organisationen über die Schaffung der vereinigten Glasarbeiterfamilie.

Die Verschmelzung muß aber noch weiter durchgeführt werden, um zur Schaffung eines einheitlichen Verbandes der Glasarbeiter nach der Art solcher Verbände anderer Länder, wo die Gewerkschaften gemeinsam handeln können. Die Verschmelzung hat die Erfordernisse des Preisgrundsatzes der Glasarbeiterfamilie bestätigt.

Der Verbandstag stellt mit Beifriedigung fest, daß die Frage der Preisgrundsatz der tschechischen und deutschen Glasarbeiter der Glasindustrie in der letzten Periode sowohl sozialistisch wie die Verbindung der beiden Verhältnisse eine vollständige ist, was für die Glasarbeiter, die das Streben nach einem sozialistischen Organisations der Glasarbeiterfamilie, einen großen Erfolg bedeutet. Der Verbandstag fordert und will daher vollständig die gelesenen Preisgrundsätze zwischen den beiden Organisationen über die Schaffung der vereinigten Glasarbeiterfamilie.

Der Arbeiterschaft nach größerer Konzentration als gegenwärtig, das sich immer mehr zusammen schließenden Kapitals inneren Konzernen und Kartellen. Der Verbandstag spricht hier den Willen der tschechischen Glasarbeiterfamilie zur Verschmelzung seines Verbandes mit dem Centralverband aller Glasarbeiter, sowie mit den Keramikarbeiten und letzten Endes mit den Fabrikarbeitern in einem Verbande aus.

Zum Schluß heißt es:

Auf zur Einheit der gesamten Arbeiterschaft der Glasindustrie und zum Siege der einheitlichen Gewerkschaftorganisation."

Daraus wollen wir als deutsche Glasarbeiter entnehmen, daß die Organisationen der Glasarbeiter in anderen Staaten von uns für richtig gehaltenen Weg zum Industrieverband nachahmen. Dabei läßt man auch dort die genügenden Sicherungen für die Mitgliedschaften der Berufsorganisationen von vornherein nicht aus dem Auge, um späteren Vorcommunismus vorzubauen.

Wir deutsche Glasarbeiter wünschen unseren tschechischen Brüdern beider Organisationen auf dem beschrittenen Wege der Konzentration der Gewerkschaften den besten Erfolg, weil wir glauben, daß später durch diese Konzentration eine noch bessere Verschmelzung auf internationalem Wege herbeigeführt werden kann zum Wohle der Glasarbeiter der ganzen Welt.

Neben der Branchenjugend und dem Bundestag der deutschen Glasarbeiter im keramischen Bund war der Verbandstag der tschechischen Glasarbeiter ein weiterer Anhalt in Rücksicht auf die Besserung der Lebenslage der internationalen Glasarbeiter.

M. Krems.

Verdienstmöglichkeiten der Heimarbeiter in der Christbaumwuchsmarkt-Industrie.

Der Typ der Heimarbeiter in der Spielwaren- und Christbaumwuchsmarkt-Industrie weicht von dem allgemein bekannten Heimarbeiter insofern ab, indem er die zu seiner Tätigkeit notwendigen Rohstoffe teilweise oder ganz selbst beschaffen muß. Um voraus soll gleich gelagt werden, daß der hier in Frage kommende Heimarbeiter durch den Selbststeinlauf der Rohstoffe keinen Nutzen hat. Dieser Selbststeinlauf der Rohstoffe ist eine alte Überlieferung aus der Zeit, als die Spielwaren- und Christbaumwuchsmarkt-Industrie noch nach handwerklichen Gesichtspunkten betrieben wurde. Also aus einer Zeit, wo noch keine Arbeitsteilung vorhanden war.

In den genannten Industrien ist die Arbeitsteilung bis ins kleinste durchgeführt. Ein Beispiel als Beweis: Zur Herstellung einer Doppelgelenkspuppe müssen eine Reihe Spezialarbeiter tätig werden. So der Drücker, Holzdrechsler, Papstanzer, Augenheiner, Friseur, Maler, Alstricher, Schuhmacher, Werkstattleiter, Schneider, Käbler, Maler, Alstricher u. v. Die einzelnen aufgeführten Spezialarbeiter haben wiederum Arbeitsteilungen innerhalb ihrer Arbeit zu weisen. Sie wird von Familienangehörigen oder fremden Hilfskräften ausgeführt. Bei Herstellung anderer Spielwarenartikel ist die Arbeitsteilung ähnlich. Auch die Christbaumwuchsmarkt-Industrie kennt ausgeprägte Arbeitsteilung im Produktionsprozeß.

Durch drei Gesichtspunkte wird die niedrig an nennenden Verdienstmöglichkeiten in der Spielwaren-, insbesondere aber der Christbaumwuchsmarkt-Industrie, festgestellt: 1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 70 und mehr Stunden, 2. die Wochenlöhne liegen weit unter den Wochenlöhnen der in den Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte, 3. jeder Preisstück erfordert jede Preisunterteilung am Herstellungsort, ebenso wie der Lohn für die Arbeitsteilung.

Die vorstehend aufgeführten drei Gesichtspunkte finden ihre Erklärung in Ausschreibungen über die wöchentlichen Einnahmen und Ausgaben der Heimarbeiterfamilie, die gewonnen sind, die Rohstoffe selbst zu beschaffen. Wir haben in Hunderten von solchen Ausschreibungen Einblick genommen. Nachstehend ein Beispiel:

führung angenommen hat, hat gewiß damit einen Vertrag ge-
tägt. Dieser Vertrag ist aber nicht nur warentechischer, son-
der auch arbeitsrechtlicher Natur. Er ist nicht zu vergleichen mit
einem Vertrag, der nur warentechische Gesichtspunkte in sich
trägt, wie das z. B. der Fall beim Verkauf von Waren zwischen
Verleger und Großhändler ist.

Es ist oben festgestellt, daß jeder Preisdruck auf Kosten des
Lohnes der in der Haushaltsschmiede beschäftigten Personen geht.
Damit ist die Ausstellung der Unternehmer, sie täten nur ein
Kaufgeschäft, widerlegt.

Was die Unternehmertheorie will, ist weiter nichts als den
größten Teil der Haushaltsschmieden der staatlichen Schlichtungsstätigkeit zu entziehen. Den erlösten Ausbeutungsobjekten soll kein Schutz zuteil werden. In der Christbaumschmiedebranche und einigen anderen Gruppen haben die Unternehmer bis jetzt
den Einsturz staatlicher Schlichtungsinstanzen fernzuhalten ge-
wusst. Damit muß Schluss gemacht werden! Nach der Christ-
baumschmiedebranche ist Unternehmer, und sein Verhältnis zum
Verleger läßt die arbeitsrechtliche Grundlage ohne weiteres er-
kennen.

H. Elslein.

Voigtsdorf i Riesengebirge.

Die Differenzen bei dem Kristallglaswerk in
Voigtsdorf bestehen unverändert fort. Die
Firma will unter allen Umständen einen Lohnabbau durch-
führen und versucht mit allen Mitteln von auswärtigen Schleifer
heranzuziehen. Es wird deshalb vor Zugang dringend gewarnt
und bitten wir, uns bei Angeboten seitens der Firma sofort ver-
ständigen zu wollen.

Die Gauleitung.

Die Kollegen Glasschleifer und Neberpolierer in Wies-
baden stehen bei der Firma Ph. Weinig, Glasschleiferei und
Wärmeversorgung, bereits 7 Wochen wegen Lohndifferenzen im
Streik. Die Firma versucht auf alle Art Streikbrecher
heranzuziehen. Bis jetzt ist es ihr nicht gelungen, ihre un-
faulenden Pläne durchzuführen. Lohnabbau hat sich die Firma
aus ihrem Programm geschrieben.

Daher darf kein Kollege bei der Firma Ph. Weinig in
Wiesbaden Arbeit annehmen!

Cöpenick.

Die Differenzen, die zur Verbürgung der Sperrre
sich die Glashütte Marienhütte, Cöpenick, führten,
sind erledigt. Die Sperrre ist aufgehoben.

Der Arbeitsnachweis für Cöpenick befindet sich beim Koll.
Bruno Lissner, Cöpenick, Wendenschloß 64. Arbeits-
angebote nach Cöpenick richte man nur an die genannte Adresse.

Regis-Breitingen.

Die Glashütte Regis-Breitingen hat
ihren Betrieb im vollen Umfang wieder aufgenommen.
Die in Nr. 24 des "Keramischen Bundes" gemeldeten Lohn-
differenzen sind beigelegt. Arbeitsangebote der Kollegen
finden auch in Zukunft an den dortigen Arbeitsnachweisen unter der
Adresse Willi Laube, Regis-Breitingen i. Sa.,
Gartenstraße 37, zu richten.

Noch einige Geschäftsergebnisse der Porzellanindustrie.

Porzellanfabrik Kloster Beelendorf. Auch dieses Werk er-
zielte im Geschäftsjahr 1927 wieder einen Steingewinn von
5200 RM, der zur Deckung des Verlustes vom Jahre 1926
in Höhe von 53 100 RM verwandt wurde. Der Rest wurde vor-
getragen. Über den weiteren Stand des Geschäfts heißt es im
Generalberichtsbericht:

Die am Ausgang 1926 eingetretene Besserung des Beschäfti-
gungsgrades hätte über das ganze Betriebsjahr angehalten, so
daß alle Abteilungen voll arbeiten könnten. Infolgedessen sei eine
wesentliche Umsatzsteigerung möglich gewesen. Die Zweigfabrik
Edmer hätte gegen Ende des Betriebsjahrs wegen anhaltender
Unerlaubtheit stillgelegt werden müssen. Die begonnene Rationali-
sierung des Betriebes sei weitergeführt worden. Die Bilanz
verzeichnet bei 1,25 Mill. RM A.A. und 124 500 RM Reserven
erhöhte Kredite mit 771 011 RM (580 000); andererseits stehen
zu Buch Anlagen und Einrichtungen mit 1,04 (1,05) Mill. RM,
Bertapare und Pensionsfonds mit 197 668 (198 000)
Reichsmark und Waren mit 223 771 (202 000) RM, vorunter
fertigwaren mit 192 849 (193 000) RM. Das laufende Geschäftsjahr
hatte sich befriedigend entwickelt, jedoch ließen sich die Auswir-
kungen der erneut eingetretenen Produktionsperiatur noch
nicht übersehen.

Ein halbes Jahr günstige Konjunktur genügte auch bei diesem
Werk zur Erfolgs. Wenn es gut dazu übergehen könnte, sich
ein wenig moderner auszugestalten, wäre es nur gut, es könnte sicher
in kürzer Zeit aus seinen bisherigen Schwierigkeiten heraus.

Porzellanfabrik Böh. Scherzer & Co. A.G. in Nebau. Im
Geschäftsjahr 1927 wurden in dieser Porzellanfabrik unter dem
Einsatz der Winterling-Gruppe verschiedene Umstellungen vor-
genommen. In der Direktion wurden Änderungen in den
Wachstumsplänen durchgeführt und die Qualität der Erzeug-
nisse verbessert. Diese Umstellung und der gute Geschäftsbau
im zweiten Halbjahr 1927 bewirkten einen Reingewinn von
15 195 RM. Dividende werden davon nicht verteilt. Der
Geburtsstagsgewinn betrug 448 996 RM gegen 303 296 im Jahre
vorher. Aufkosten, Zinsen und Steuern 0,4 (0,34), Abschreibungen
betrugen 0,12 (0,12) Mill. RM. Aus der Bilanz sind erschlich
ein Mill. RM; Kreditoren 0,14 (0,11), Bankschulden 0,36 fein-
schriftlich Hypotheken 0,7, Alzeyte 0,07 (0,06), dagegen 0,02
0,01, Effekten und Beteiligungen; 0,80 (0,34) Debitorey, 0,76
0,60 Vorräte.

Aus dem Vorstandsbereich entnehmen wir, daß das erste
Halbjahr durch Absatzchwierigkeiten sowie eine längere Zeit an-
haltende Lohnbewegung ungünstig beeinflußt wurde; im zweiten
Halbjahr haben sich die Absatzverhältnisse gebessert, so daß voll
gearbeitet werden konnte. Die Umstellung in den Erzeugnissen
wurde mit Hochdruck fortgesetzt. Die Nationalisierung des inneren
Betriebes kommt in Betracht der geringen zur Verfügung
stehenden Mittel nur in beschränktem Maße durchsetzt werden.
Daher kann sich die Neuorganisation soweit bemerkbar machen
durch die Erfolge des zweiten Halbjahrs nicht nur der Verlust
des ersten Halbjahrs gedeckt werden können, sondern es wurde
darüber hinaus noch der erwartete niedrige Reini-
gewinn erzielt. Es wird Aussage des Jahres 1928 sein,
die Neuorganisation im wesentlichen zu vollenden und die
innere Nationalisierung weiter vorzubereiten. Wenn auch die Ab-
satzverhältnisse in den verlorenen ersten drei Monaten des Jahres
1928 normal waren, so kann immerhin über die Aussichten
nichts Zuverlässiges voransagesetzt werden, weil sich die neuzeitliche
Lohnwelle in einer Erhöhung der Gestaltungskosten auswirkt, die
sich nicht mehr in Einklang bringen läßt mit den Verlaufs-
kreisen, insbesondere auf dem Exportmarkt.

Zu, die Lohnwelle hat es beim Vorstand angetan. Dabei
wurde die notwendige, ungenaue Lohnabstimmung von den
Porzellanfabriken wieder zu Geschäftsverträgen ausgeweitet und die
Verlaufspreise mehr gestiegen, als die gewohnte Lohnabstimmung
ausmachte. Wenn die Preiserhöhung für den Export nicht
ausgeweitet werden konnte, so mag die Werksleitung ihren Betrieb
noch etwas moderner ausgestalten, dann kommt sie sicher dabei
zurück. Nationalisierung ist also auch in diesem Betrieb ge-

winnbringend gewesen. Arbeiten muß man, dann lohnt sich das
Porzellanmachen schon noch. Es ist nur schade, daß man nicht
auch die Aktionäre zum Arbeiten zwingen kann.

In Nr. 24 machte der Druckschriftenaussteller aus der Prozentigen
Dividende der Porzellanfabrik Bäuerle & Co., Waldhausen, eine
50prozentige. Das wäre des Guten denn doch zuviel. Wir bitten,
dies bei etwaigen Bewertungen zu beachten.

Beachtlicher Schiedsspruch.

Für die keramische Industrie hat das Gauhofsamt in
Schlesien einen Schiedsspruch gefällt, der den Arbeitgeber
zwingt, zu niedrig gelegte Stückpreise gemeinsam mit der Preis-
kommission bzw. dem Arbeiterrat richtigzustellen.

Waldenburg/Schlesien, den 7. Juni 1928.

Gegenwärtig:

1. Amtsgerichtsrat Rummler, als unparteiischer Vorsitzender,
2. Prokurist Lehder,
3. Director Seiler als Vertreter der Arbeitgeberpartei,
4. Gewerkschaftssekretär Kühn,
5. Porzellanmaler Lissner als Vertreter der Arbeitnehmerpartei,
6. Büroangestellter Pawelsa, als Protokollführer.

In Sachen des Keramischen Bundes, Gau VII in Dresden-A.
gegen die Firma Bing, Glas und Keramik, Abteilung Porzellan-
fabrik Freitalwaldau, erschienen bei Aufruf:

1. für Antragsteller: a) Gauleiter Griesbach aus Dresden,
b) als Sachwalter Porzellanmaler Mischke, als Vorsitzender
des Arbeiterrates der Antragsgemeinde.
2. für Antraggegnerin: Syndicus Dr. Mühlhaus vom Ar-
beitgeberverband der deutschen keramischen Industrie,
Gauleitung Schlesien und Sachsen.

Parteien sind einig, daß die formalen Voraussetzungen für
die Anrufung des Gauhofsamtes gegeben sind.

Es wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Die Firma Bing, Glas- und Keramik-Abteilung, Frei-
waldau, wird verpflichtet, die in der Klagezeit strittigen
Absatzstückpreise binnen vier Wochen nach Zustellung des
Schiedsspruches unter Bezugnahme der Preiskommission bzw.
des Arbeiterrates einer erneuten Nachprüfung zu unter-
ziehen.
2. Bis zur endgültigen Festlegung des Stückpreises ist sie ver-
pflichtet, die tarifliche Altersbasis als Stundenlohn für die
strittigen Stücke als vorläufigen Stückpreis zu verrechnen
und auszuzahlen.
3. Sollte die neue Nachprüfung und Festsetzung der strittigen
Artikel ergeben, daß die bisher seitens der Firma Bing tat-
sächlich gezahlten Stücklohnpreise unter dem durch die Nach-
prüfung festgestellten Stücklohnpreis geblieben sind, so ist die
Firma Bing verpflichtet, die Differenz seit 19. März 1928
den betreffenden Arbeitern nachzuzahlen.
4. Die Anwesenheit des Vorsitzenden des Betriebsrates wird
nur notwendig erachtet.

Waldenburg/Schlesien, den 7. Juni 1928.

Das Gauhofsamt.

ges.: H. Kühn, Lissner, Rummler, Seiler, Lehder.

We macht man Betriebe rationell?

In den letzten Jahren ist soviel und so oft darüber ge-
schrieben worden, wie man die Betriebe rationell gestalten kann.
Die Bücher des Amerikaners Henry Ford wurden immer in
allen Angelegenheiten warm empfohlen und auch ein Ausspruch
des Mannes, der sich dahin beugt, daß, wenn der Unternehmer
den Betrieb durch Reduzierung der Löhne hochbringen will, er
es am verschliefen Ende ansetzt. Unsere Porzellan-Gewaltigen
scheinen aber da anderer Ansicht zu sein, sie stehen heute noch
auf dem Standpunkt, nur die Löhne der Arbeiterschaft seien
schuld daran, sie müßten gemindert werden, damit die Betriebe
sich rationell auswählen können. Wenn man das Tun nun Frei-
heit so mancher Herren auf diesem Gebiete betrachtet, dann muß
man sich fragen: steht hinter diesen engelnden oder bereits
durchschütteten Abzügen nicht etwas anderes? Man muß un-
bedingt zu dieser Fragestellung kommen, denn sonst könnte man
es doch gar nicht verstehen, daß es die Arbeitgeber waren, die
die Verbindlichkeit des leichten Schiedsspruches beantragt hatten,
während er unterseits doch abgelehnt worden war. In einer
der letzten Nr. des "Keramischen Bundes" war zu lesen, daß
an Stelle des Herrn Director. Dies in Freital nun Herr
August Wolfi getreten sei und war dort die Hoffnung aus-
gesprochen, daß nunmehr auch die Arbeiter ordentliche, geregelte
Lohnverhältnisse bekommen. Herr Wolfi scheint sich aber das
Lebe zu Herzen genommen zu haben; denn er hat jetzt in seinem
Betrieb nur 20 bis 25 Proz. Lohnabbau angekündigt. Aber tollwoll wie dieser Herr nun einmal ist, will er es in
einer Betriebsversammlung der Belegschaft einmal erläutern,
worum es sich notwendig macht, diesen Abzug vorzunehmen.
Ob der Betrieb nun dadurch rationell wird, möchten wir dahin-
gestellt sein lassen. Auch im Betrieb Brüder Schönen, Hüttens-
teinach wurden von Seiten der Direktion Lohnabzüge vor-
genommen, in der Abteilung Treiberei, und sonderbarweise,
nachdem die Preise schon mehrere Jahre bestanden. Auch in
Nenhausen hat man Lohnabzüge in der Abteilung Betonstanzerei
vorgenommen. Es wundert uns dies um so mehr, daß man
gerade in diesem Betrieb versucht, auf diese Art und Weise den-
selben rationell zu gestalten. Man sieht, daß die Unternehmer trotz
allgemein verbindlich erklärt Schiedsspruch es sich nicht ver-
dienen lassen, Preisreduzierungen vorzunehmen. Die Belegschaften
müssen sich gegen die tarifwidrigen Preisreduzierungen
wenden und auch ihrerseits darauf dringen, daß die ungenügenden
Stückpreise aufgebessert werden. Die Unternehmer ver-
suchen manches in dieser Hinsicht, daß es ihnen nicht gelingt,
dafür haben die Abteilungen und Personale zu sorgen.

Brennen mit Elektrizität.

Durch die deutschen Zeitungen geht folgende Notiz:

Durch die Gesellschaften Boreester Royal Porcelain
Company und Messrs. Wedgwood's Minton's Ltd.
gelungen, eine Brennstoffspanne von 50 Proz. gegenüber den
bisher verwandten und zur Zeitweile gebräuchten Koblenzen zu er-
zielen. Man schätzt, daß die Unterhaltsungs- und Betriebskosten
sich bei gleicher Leistung beim elektrischen Ofen auf jährlich
100 RM. gegenüber 400 RM. bei Kohleverarbeitung stellen.

Der neue elektrische Ofen ist von Major Bernard J. Moore
und Major A. J. Campbell entworfen worden und wird von
der Firma Gibbons Bros. in Dadley gebaut. Der Ofen hat die
Form eines ununterbrochenen Tunnels von ungefähr 24 Meter
Länge und mit entsprechendem Material beladenen Lören werden
mittels eines langsam laufenden Seilzuges durch diesen Tunnel
gezogen. Die Lören sind 1,35 Meter lang und 37,5 Zentimeter
breit. Sie können etwa 45 Kilogramm Material aufnehmen.
Die Fahrgeschwindigkeit ist je nach den aerodynamischen Arbeits-
bedingungen verschieden und wird in der Regel auf 1,5 Meter
in der Stunde festgesetzt, so daß der ganze Vorgang von der Ein-
trittsstelle aus dem Tunnel etwa 18 Stunden im Verlauf
nimmt. Bei gewöhnlichen Arbeitsbedingungen ist die Leistung
ungefähr eine Lote je Stunde. Zur Feinigung dienen elektro-
nische Chrom-Widerstandséléments, die auf etwa 5 Könige in der
Mitte des Tunnels angeordnet sind. Das erste Drittel dient
dann zur Vorwärmung und das letzte Drittel der Tunnellänge
zur Abdüstung. Die Elemente sind in einer wagerechten
Ebene derart angeordnet, daß die Wärme auf die Löre gestreikt
wird. Die Leistung des Ofens ist etwa 40 Kilowatt.

Die Temperaturregelung erfolgt automatisch: jede ge-
wünschte Temperatur kann nicht nur eingestellt, sondern auch
während der gesamten Arbeit gehalten werden. Je nach den auszuführenden
Arbeiten sind Temperaturen zwischen 700 und 800° Celsius er-
forderlich. Der thermische Wirkungsgrad der Anlage ist sehr
hoch und Versuche haben gezeigt, daß er sich in der Nähe von
100 Proz. befindet. Hierzu trägt die Wärmerückgewinnung in
der Kühlzone bei, die ungefähr so groß wie die Stromverbrauchs- und
anderen Verluste ist.

Dieser elektrische Ofen ist also ein Tunnelofen, der sich zum
Brennen von keramischen Gegenständen eignet. Zum Brennen
von Porzellan ist er nicht verwendbar, da dazu 1300-1400 Grad
Hitz notwendig sind.

Frei a.-Potschappel.

In der Branchenversammlung der Gruppe Reinhardts am
22. 6. 28 in Freital erstattete Koll. Gauleiter Griesbach, Dresden, Bericht von der Bundeskonferenz in Leipzig. Daraus war zu entnehmen, daß die Entwicklung des Bundes vorwärts-
schreitet. Die Mitgliederzahlen wachsen ständig, und Angriffe der
Unternehmer, wie der Angriff im vergangenen Jahr auf die
Arbeiterchaft der Porzellanindustrie, konnten erfolgreich ab-
gewehrt werden. Auch die Kreisler Porzellaner, die erst glaub-
ten durch die Verschmelzung mit dem F. A. V. etwas zu ver-
lieren, haben gelernt, sich im keramischen Bund wohl zu fühlen,
und gestärkt durch den Gesamtverband schauen sie schon etwas
selbstbewußter in die Zukunft. Wir begrüßen den "Antrag des
Hauptvorstandes an die Statutenberatungskommission" und
hoffen, daß durch Erfüllung des § 6 letzter Absatz der Bundes-
statuten (Bestellung eines Vorstandes für den Gesamtverband)
die Zusammenarbeiten zwischen Bund und Verband sich zum Wohle
unserer Kollegen noch inniger gestalten möge. Wir bedauern das
Auscheiden unseres bewährten Vorsitzenden Georg Wollmann
und wünschen ihm, daß er als Lohn für seine langjährige Tätig-
keit an füllender Stelle der Arbeiterbewegung einen freudigen
Lebensabend genießen möge. Zum Schlusse berichtete Griesbach
noch über die durch den Abgang der Koll. Wollmann und
Karl sich notwendig machenden Personalveränderungen. Folgende
Entscheidung fand einstimmige Annahme:

"Die am 22. 6. 28 im Bürgercasino Freital stattgefundenen
Branchen-Konferenz der Gruppe Reinhardts nimmt mit Be-
dauern Kenntnis davon, daß die Gruppe den Agitationsleiter,
Koll. Wierwitsch, verloren soll. Sie fordert, daß diese Stelle in
absehbarer Zeit durch einen tüchtigen Kollegen aus der Branche
besetzt wird."

Schmidung.

In der Porzellanfabrik Schmidung sind in der letzten Zeit
Aenderungen vor sich gegangen, die darauf schließen lassen, daß
man in den Betrieb ein anderes Regiment geführt werden wird.
Die Mehrheit der Aktionäre ging in andere Hände über; deshalb
wurde der Aussichtsrat der Aktiengesellschaft anders zusammengesetzt,
und zwar sind in ihm vertreten: Kommerzienrat Robert
Seltmann, Bruno Strauß, Büromeister W. Probst, Weiden,
Prokurist R. Seltmann, Büromeister W. Probst, Weiden,
Prokurist Eugen Mühlhäuser, Weiden. Die Zusammensetzung des Aussichtsrats
läßt erkennen, daß die Mehrheit der Aktionäre in die Hände der
Familie Seltmann kam, die eine Porzellanfabrik in
Böhmenstraß, eine in Weiden, eine in Schlottenhof bei Arzberg und
die in Schmidung sowie die Glashütte Marienhütte in Cöpenick
besitzt. Da außerdem verhandlungsfähige Bezirksmeister der
Familie Seltmann zur Familie Schumann in Arzberg be-
stehen, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie ein geschäftliches Zu-
sammenarbeiten der genannten Fabriken und eine finanzielle
Konzentration daraus entsteht.

Die Leitung der Porzellanfabrik Schmidung übernahm ein
Seltmann aus Weiden, der Schwiegersohn von R. Schumann
in Arzberg.

Neue Porzellankonkurrenz.

Durch die Presse geht folgende Nachricht:

Die ausgesuchten Funde von Porzellanerde in Kanada am Metagami-Fluß, 50 Meilen nördlich der Brücke, die die Canadian National Railways über den Fluß gebaut haben, führen zur Gründung der North British Ontario China Clay Corporation, Montreal, mit einem Kapital von 6 Millionen Dollar

Die 2. Betriebsversammlung, in der alle unserer Organisation beitreten, wurde der Verbandsleitung Vollmacht erteilt, bei den Besitzern auf Abänderung der Verhältnisse, Bezahlung nach den Lohnsätzen des Tarifvertrags der bayerischen Tonindustrie zu dringen.

Es gelang mit dem Hauptgelehrten in Verbindung zu treten. Daraus folgte am 14. 5. eine Verhandlung im Betrieb, in der 2. Geldegeber und der Siegelmeister auf Arbeitgeber- und von Arbeitnehmerseite, Schreiber dieses Briefes, sowie der Obmann, welcher in der Betriebsversammlung gewählt war, anwesend waren.

In der Verhandlung wurde erreicht, daß die Bezahlung nach Klasse 2 des Tarifvertrages der bayerischen Tonindustrie rechts des Rheins erfolgt und zur Errechnung des Altkordlohnzugs gründete gelegt wird. Dabei ergibt sich, daß eine Erhöhung der Verdienste um 20 bis 25 Proz. erzielt wird.

Weiter verpflichtete sich die Firma zur sofortigen Errichtung einer Waschgelegenheit und einer Abortanlage. Ferner sollte umgehend gemeinschaftlich eine Arbeitsordnung ausgearbeitet werden.

Die in der Verhandlung gegebenen Zusagen der Besitzer wurden aber nicht eingehalten, so daß sich eine nochmalige Verhandlung nötig macht mit dem Erfolg, daß die Firma noch größere Zugeständnisse machen mußte.

Wie sich die erreichten Zugeständnisse auswirken, darüber folgendes:

In der Lohnwoche vom 9. bis 15. Juni konnten infolge Regenwetter nur 42 Stunden gearbeitet werden. Dabei hatten verdient nach Abzug der sozialen Kosten:

Seher und Ausfahrer	50 Pf.
Ausfahrer, Kellergang	42 "
Lehmgräber, Ausläder	45 "
Frauen	25 "

Wenn im Zeitlohn gearbeitet werden muß, so wird für die Lohnstunde ein Stundenlohnzähler von 74 Pf. bezahlt.

Die Firma war Lukasleiter und hat sich inzwischen dem Arbeitgeberverband angeschlossen.

Die Belegschaft hat jetzt einsehen gelernt, daß nur mit Hilfe der Organisation ihr Los verbessert werden kann und Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgewehrt werden können. Hoffentlich hält sie auch in Zukunft der Organisation die Treue. Damit hilft sie sich selbst am besten.

Mit voll. Gruss
M. R.

Wenn kein Tarifvertrag besteht.

Die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft wird am besten durch Abschluß von Tarifverträgen erreicht. Der Tarifvertrag verhindert, daß der einzelne Arbeiter sich den von den Unternehmern einleitend diffinierten Lohn- und Arbeitsbedingungen unterwerfen muß. Nur durch Abschluß eines Tarifvertrages kann die Arbeiterschaft sich eine Mitbestimmung bei Festsetzung dieser Bedingungen sichern. Neben anderen Umständen ist die Macht der gewerkschaftlichen Organisation entscheidend für den Inhalt des Vertrages. So die Arbeiter keiner Organisation angehören, kann auf die Dauer der Tarifvertrag nicht gehalten werden, wird im Laufe der Zeit der Unternehmer die Macht wieder völlig an sich reißen und bestimmen, zu welchen Bedingungen gearbeitet werden muß.

Das sollte auch die Belegschaft der Sanierländischen Kalkwerke zu Reisinghausen/Bessungen erleben, die nach Beendigung der Inflation der Organisation den Rücken gekehrt hatte und seitdem ohne tarifliche Regelung arbeiten mußte. Hierzu gab es seit dieser Zeit nicht mehr, während zuvor ein solcher bis zu 9 Tagen jährlich gewährt werden mußte. Der Lohn war deutlich niedriger, die Arbeitsbedingungen wurden nach den Wünschen der Werkleitung gestellt. Noch im August September 1927 wurde der vollenjährigen Arbeiter ein Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt. Der dann erfolgte Beitritt zur Organisation, zum Karlsruher Band, bewirkte, daß in letzteren Freiheit ein Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte, indem wieder Uralo von drei bis neun Tagen bei einer Bezahlung von Stundenlohn und 25 Proz. Zuschlag für Altkordarbeiter vorgelesen ist und darüber hinaus Mindestverdienstgrenze für Altkordarbeiter und sonstige für die Arbeiterschaft wichtige Bedingungen enthalten sind. Schwieriger gestaltete sich der Abschluß eines Rohrvertrages. Zwar hatte die Werkleitung jedem Arbeiter eine Lohnhebung von 10 Pf. pro Stunde gewährt, zugleich die Belegschaft dem Verband beigetreten war, lehnte aber weitere Zugeständnisse ab und weigerte sich auch, diese Lohnhebung allgemein zu gestalten. Nach mehreren Gesprächen ist es nun gelungen, auch in den noch strittigen Fragen zu einem Ergebnis zu kommen. Die Stundenlöhne werden nochmals um 6 Pf. pro Stunde und fiktive Abholzhöhe um 5 Proz. erhöht. In einer Stunde von neun Minuten war es also möglich, eine Lohnhebung von 16 Pf. pro Stunde = 32 Proz. durchzuführen. Was die Firma dem einzelnen Arbeiter gegenüber vermeintlich hatte, muß sie erneutern, sobald die Belegschaft sich hinter die Organisation gestellt hatte. Offensichtlich steht die Belegschaft nun mehr ein, daß zur Dauernden Angehörigkeit zum Verband die Gewerbeleistung dafür bietet, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können.

Zum Abschluß der Arbeiterschaft ist aus dem Berlein dieser Beilage zu erkennen, daß ohne starke Organisation Tarifverträge nicht gehalten werden können und die Löhne statt besser niedriger werden. Dazu muss gerade die jetzige Zeit zur intensiven Werbereaktion bemüht werden. Da fast allen Industriezweigen und die Löhne in den letzten Monaten erhöht worden sind, soll dies leichter möglich werden. Mehr gilt es zu erreichen. Größere gewerkschaftliche Macht wird erzielbares Werk der Organisation im Erfolge haben. Dafür darf man nicht eben ruhen, bis auch der letzte Arbeiter, die einzige Arbeiterin sich dazu entschließt. Mitglied im Tarifverein sind zu sein.

Staublunge als Berufskrankheit.

Von einem Steinarbeiter des Kalk-Walheimer Zweigs wird uns erzählt:

Der Steinarbeiter werden von der Unfallversicherung sehr schlechterdings behandelt. Es ist ausserordentlich, wie bei der Regelung der Unfallversicherung im Art. 123 die „Zulage“ der Steinarbeiter nicht mit als Berufskrankheit aufgeregnet wurde. Als eine der gesetzlichen Berufskrankheiten ist doch wohl die „Staublunge“ der Steinarbeiter zu betrachten. Arbeiter, die städtische Ziegeleien in der Stein-Industrie bedienen, werden sicher fast alle an Staublungen erkranken. Da sehr viele Männer in der Steinarbeiter sind im Alter von 30 Jahren zu Ende. Da es sind Fälle in letzterem Bereich zu beobachten, wo Steinarbeiter schon mit 42 Jahren wegen Staublungen erkranken und sind ja langsam dahinziehen.

Eine fest gesetzliche Abteilung in der Stein-Industrie ist die Ziegelei mit Ziegelpressen, Ziegelöfen, Ziegelöfen, Ziegelöfen, Ziegelöfen und Ziegelöfen. In einer solchen Ziegelei fehlt es an Arbeitern nicht sehr lange aus; noch zentral, wenn die Ziegelöfen auslaufen ichlebt oder gar keine vorhanden sind. Der Kreis der Unfallversicherungen, Berufskrankheit und Berufskrankheit, keine die Gesetzgebungsstelle ihr besonderes Augenmerk zu widmen. Eine Kontrolle der Betriebe ohne vorherige Anmeldung würde zeigen, daß in dieser Beziehung noch sehr viel im ersten liegt.

Die Vorkriegsverhältnisse kann man mit den heutigen nicht mehr vergleichen. Vor 1914 war die Arbeit in der Stein-Industrie nur vorübergehend und ein Notbehelf. Die Arbeitsmarktlage war bedeutend günstiger, und sobald der Arbeiter wieder ein paar Groschen hatte, schrie er der Steinindustrie wieder den Rücken. Aber heute bei der langanhaltenden Arbeitslosigkeit und dem dadurch bedingten Überangebot von Arbeitskräften ist der Arbeiter gezwungen, auch in dieser Industrie auszuhalten. Die Folge von diesem längeren Arbeitsverhältnis ist natürlich das stärkere Auftreten der Staublungenentzündung.

Da die Höhe der Rente in der Invalidenversicherung sich nach der Zahl der gezahlten Beiträge richtet, fehlt natürlich dem Arbeiter, der schon mit 50 Jahren Invaliden wird, eine erhebliche Zahl von Beiträgen an der Höchstsumme. Hier einzusehen ist Aufgabe der Unfallversicherung. Der neu gewählte Reichstag hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die „Staublungen“ der Steinarbeiter mit als Berufskrankheit anerkannt wird.

Brunzlau.

Auf Veranlassung des Landesschächters fand am 18. d. Mts. eine Verhandlung zwischen den Parteien statt. Diese ist gestartet sich äußerst schwierig, da die anwesenden Unternehmer die denkbaren größten Schwierigkeiten machten. Leider haben in diesem Lohnkampf ein Teil der Steinzeugarbeiter, welche als Streikbrecher die Arbeit aufnahmen, davon sich erheblich auf den Lohnkampf stark beinhaltet. Nach 11stündigem Verhandlung konnte ein einigermaßen annehmbares Resultat getätigst werden. Zu gleicher Zeit konnten auch die Löhne der Lohnarbeiter, deren Vertrag bis 30. Juni, erstmalig kündbar zum 15. Juli d. J. ließ, mit geregelt werden. Für diese erfolgte eine Stundenlohnzulage von 8 Pf., die bereits am 29. Juni in Kraft trat. Die Facharbeiter und die gelehrten Arbeiter erhalten eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde. Es erhalten somit die illegierten jetzt 62 Pf., Angelehrten 64 Pf., Gelehrte 75 Pf., Facharbeiter 80 Pf. Diese Löhne bilden die Altkordabstufung und müssen in Zukunft mit jeder Arbeit im Altkord 25 Proz. darüber erreicht werden. Es werden nun ein großer Teil der jetzt bestehenden Altkordabstufungen ganz erheblich aufgesteckt werden müssen. Alle Altkordpositionen, bei welchen dieser Verdienst bisher schon erreicht wurde, werden um 5 Proz. erhöht.

Der neu einzufügende Mantelarbeitsvoll in der 2. Altkordabstufung geregelt werden. Es werden bei diesem Kampf leider ein Teil Arbeiter auf der Strecke bleiben; dies ist in erster Linie jenen Elementen zu verdanken, die ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind. Die Erfahrung hat aber bisher gelehrt, daß solche Dienste auch vom Unternehmer meistens nur kurze Zeit geholt werden, da es sich doch in diesen Fällen meistens nur um minderwertige Kräfte handelt, die in einem geordneten Arbeitsprozeß selten zu gebrauchen sind. Kollegen, der Erfolg war nicht ein voller, für die Zukunft mögig beachtet werden, daß gewerkschaftliche Disziplin die Grundlage zu einem vollen Erfolg bei einem Lohnkampf ist.

Nach wochenlangem Verhandeln konnte am 22. d. Mts. vor dem Landesrichter für die Kalkarbeiter ein Lohnabschluß getätigst werden. Die einst gute Organisation in Hartmannsdorf war durch die Stilllegungen der Betriebe, wobei auch fast alle Funktioniäre auf der Strecke blieben, arg herunter gekommen. Die Folge waren außerst niedrige Löhne, und die Ferien waren ganz verschwunden. Nach dem Wiederaufbau konnte im Herbst vorigen Jahres der erste Vorstand unternommen und ein neuer Mantelarbeitsvoll geschaffen werden, welcher unter anderem auch die Ferien in alter Höhe wieder brachte und die Löhne zu einem Teil hob. In diesem Jahre war es nun endlich möglich, die Löhne an die anderen Industrien wieder heranzubringen. Die Versammlung der Kalkarbeiter am 24. d. Mts. beschäftigte sich mit dem Resultat der Verhandlungen. Die anwesenden 164 Kollegen erkannten die geleistete Arbeit der Organisationsvertreter voll an. Den Unternehmern scheint ja die Organisation ein starker Dorn im Auge zu sein, es läßt sie doch bei den Verhandlungen, die Arbeiter würden in die Organisation hineingezogen, was durchaus nicht zutrifft, wohl aber wird von unseren Kollegen eifrig für dieselbe geworben, da man erwartet hat, wie notwendig dieselbe für die Kalkarbeiter ist. Das Werben ist uns aber erlaubt, wirkt man doch auf anderer Seite eifrig für die Schaffung von Werkgemeinschaften, die aber von den Kollegen abgelehnt werden, worüber wir ja schon vor kurzem berichtet haben, dafür gibt man sogar beträchtliche Geldmittel aus und bezahlt die Versammlungsfotale. Es dienen diese Mittel besser angebracht sein, wenn man sie den schwer schaffenden Kalkarbeitern zukommen ließe.

D. Br.

Nach wochenlangem Verhandeln konnte am 22. d. Mts. vor dem Landesrichter für die Kalkarbeiter ein Lohnabschluß getätigst werden. Die einst gute Organisation in Hartmannsdorf war durch die Stilllegungen der Betriebe, wobei auch fast alle Funktioniäre auf der Strecke blieben, arg herunter gekommen. Die Folge waren außerst niedrige Löhne, und die Ferien waren ganz verschwunden. Nach dem Wiederaufbau konnte im Herbst vorigen Jahres der erste Vorstand unternommen und ein neuer Mantelarbeitsvoll geschaffen werden, welcher unter anderem auch die Ferien in alter Höhe wieder brachte und die Löhne zu einem Teil hob. In diesem Jahre war es nun endlich möglich, die Löhne an die anderen Industrien wieder heranzubringen. Die Versammlung der Kalkarbeiter am 24. d. Mts. beschäftigte sich mit dem Resultat der Verhandlungen. Die anwesenden 164 Kollegen erkannten die geleistete Arbeit der Organisationsvertreter voll an. Den Unternehmern scheint ja die Organisation ein starker Dorn im Auge zu sein, es läßt sie doch bei den Verhandlungen, die Arbeiter würden in die Organisation hineingezogen, was durchaus nicht zutrifft, wohl aber wird von unseren Kollegen eifrig für dieselbe geworben, da man erwartet hat, wie notwendig dieselbe für die Kalkarbeiter ist. Das Werben ist uns aber erlaubt, wirkt man doch auf anderer Seite eifrig für die Schaffung von Werkgemeinschaften, die aber von den Kollegen abgelehnt werden, worüber wir ja schon vor kurzem berichtet haben, dafür gibt man sogar beträchtliche Geldmittel aus und bezahlt die Versammlungsfotale. Es dienen diese Mittel besser angebracht sein, wenn man sie den schwer schaffenden Kalkarbeitern zukommen ließe.

Leipziger Baumesse im Herbst 1928.

Die Leipziger Baumesse, die bei ihrer erstaunlichen Entwicklung längst Weltgeltung erlangt hat, wird, wie die Technische Meile und Mustermesse, vom 26. August bis 1. September dauern. Sie wird wieder einen bewußten Nutzen erzielen und der Technischen Meile ihren Charakter aufdrücken. Was in das Bereich von Bauwirtschaft und Bautechnik gehört, bietet sie dar, besonders reich wird sie mit Baumaschinen, vor allem auch Straßenbaumaschinen, besichtigt sein. Vorzüglichlich wird auch mit einer Kollektion von Ausstellung der Deutschen Ziegelindustrie ausgestattet, die in erster Linie ausgewertet werden können. Von der Baumesse werden wieder alle Hallen mit den umfangreichen Freiständen belegt sein.

Beschäftigungsgrad.

Neben der Geschäftslage unserer Industriezeuge heißt es über den Konjunkturstand anfangs Juli:

Die Zeitung in und für ist betriebsmäßig beschäftigt; der Industriezähler ist noch gut, doch gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Einen günstigen Industriezähler und betriebsmäßig Beschäftigungsgrad haben die Ziegeleien zu verzeichnen.

Aus dem Verbandsleben.

Ko.

Am 19. Juni 1928 abgehalteten Generalversammlung im Bericht vom 1. Quartal 1928 auf allen Gebieten ein Fortschreiten der Organisation festgestellt werden.

Als Tagessordnung saß Berichts- und Kostenbericht im 1. Quartal 1928, Bericht vom Betriebskassenkassenstag in ersterhand. Berichtes.

Der Berichtsbericht lag gedruckt vor. Er wurde vom Kollegen Hartwig eingehend erläutert. Das I. Quartal stand im Zeichen des allgemeinen Ausfluges. Ein Grabmeier bildeten die Ziffern der Arbeitslosigkeit. Im Februar wie im Gesamtverband ist die Arbeitslosigkeit und auch die Kurzarbeit zurückgegangen. Die günstige Entwicklung hat sich in der Agitation gezeigt. Auch die Lehrlingsbewegungen, die im I. Quartal gejagt worden sind, haben zu einer Belebung der Agitation beigetragen. Mit besonderer Betriebsdigung konnte der Betriebsrat feststellen, daß in allen Industriezweigen die tatsächlichen Stundenlohne durchschnittlich um 5-12 Pf. pro Stunde erhöht worden sind.

Im Betriebsgericht wurden 30 abgehalten. Im Betriebsgericht hatten wir 102 und an Postausgängen 1110 zu verzeichnen. Im Einladungszettel wurden verteilt 3280 und an Blättern 530.

Im Betriebsgericht hatten wir 12 Plägen zu vertreten. Von diesen 6 mit Erfolg und 6 ohne Erfolg ausgetragen. Der Betriebsrat der angelegten Sitzungen beträgt 1172,70 RM. Ein Kollege, der entlassen war, mußte wieder eingestellt werden.

Im Berichtszeit wurden durch Hansagitation 212 Adressen an 18 Tagen von 8 Kollegen bearbeitet, dabei wurden 87 Mitglieder für den Verband gewonnen.

Zur Teilnahme am Arbeiterseminar waren 18 Meldungen eingegangen, teilgenommen haben 12 Kollegen.

Die Ein- und Ausgaben der Hauptkasse bilanzierten m 54 911,41 RM.

Der Hauptkasse wurden überwiesen: 27 526,07 RM.

Die Ein- und Ausgaben der Volkkasse bilanzierten m 69 002,39 RM.

Der Kassebestand beträgt: 56 848, 29 RM.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Harder, Bennington und Mattonet. Ein Antrag des Kollegen Müller auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen.

Der Bericht vom Betriebskassenkassenstag wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Unter Berücksichtigung berichtete Kollege Hartwig über die Tätigkeit des Ortsausschusses. An Stelle des Kollegen Barth ist der Kollege Bremke, Flensburg, gewählt worden.

Die sozialen Wahlen haben im allgemeinen ein günstiges Ergebnis gehabt. Nur ist zu bemängeln, daß die Vertreter der Wahl zu den oberen Versicherungsorganen ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Auch die Betriebsrätewahl hat sich für unsere Verband günstig ausgewirkt.

Es gelang uns bei der Chemischen Fabrik Kalk einen Gewinn zu gewinnen. Ferner auf der Glanzstoff-Courtaulds, w die christl. Gewerkschaften die Mehrheit hatten, einen glänzenden Erfolg durchzusetzen. Wir erhielten 9 Mandate im Betriebsrat und 10 im Arbeiterrat. Die christlichen Gewerkschaften 2 im Betriebsrat und 3 im Arbeiterrat.

Der Redner streift dann die Volkshausfrage und gab an die Anfrage des Kollegen Stief einige Erläuterungen über die Erhebung der Extraabträge und des Baues, der nur dann erreicht werden soll, wenn möglichst viel Eigenkapital von den Gewerkschaften selbst beigebracht werden ist.

B. Hertwig.

Gewerkschaftliches.

Inbilar. Genosse Otto Streine, der Vorsitzende des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder, stand am 1. Juli 25 Jahre im Dienste seines Verbandes. Seit 1916 ist er Vorsitzender der genannten Organisation. In Dresden übernahm er 1903 die Leitung der Filiale 1905 stellte ihn der Verband als Bezirksleiter für Sachsen an und 1912 kam er als Sekretär ins Hauptbüro nach Hamburg. Genosse Streine ist nicht nur in seinem Verband ein geschickter Führer, sondern auch in der Gesellschaft für Gewerbebeziehungen ein geschickter Vertreter der Gewerkschaften, dem Wissenschafter un Unternehmer Achtung entgegenbringen. — Möge der nun hundertfünfzigjährige noch recht lange seinem Verband dienen und für seine Kollegen wirken, er leistet damit den Gewerkschaften und der Arbeitersbewegung Dienste. Unseren Glückwünsch!

Zahlstelle Singen a. H.

Wir suchen zum möglichst baldigen Antritt einen Geschäftsführer.

Dieser hat neben der Agitation auch die Kassengeschäfte zu führen. Die Bewerber haben eine eigene Arbeit über ihren Lebenslauf, über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeitersbewegung und ihre jetzige Stellung und Funktion einzurichten.

Die Bewerber müssen mindestens acht Jahre Mitglied unseres Verbandes sein, gute Kenntnisse des Betriebsrätegeiges des Arbeitsrechts und der sozialen Gesetzgebung sowie rednerische Fähigung besitzen.

Die Bewerbungen sind an die Galerie 11, Stuttgart-Gaisburg, Lindenstr. 26, zu richten.

Ausflug.

A